

# TAGESORDNUNG

## ÖFFENTLICH

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Nach der Fragestunde, laut unserer ja seit kurzem in Umsetzung befindlichen neuen Tagesordnung kommen wir jetzt zu den Stücken auf der ordentlichen Tagesordnung. Ich möchte kurz etwas ankündigen. Nach Behandlung der Tagesordnung werden wir eine Unterbrechung des Gemeinderates haben, weil es gibt einen unterbrochenen Vergabeausschuss, der sagt, er wird zwei Minuten brauchen, wir werden dann eine kurze Pause machen und dann zu den Dringlichen gehen. Zuerst, bevor wir in die Tagesordnung gehen, möchte ich die Abstimmung vorlesen, welche Stücke gemeinsam schon als erledigt gelten. Das ist das Stück auf der ordentlichen Tagesordnung Nummer 1), Nummer 3), Nummer 9), auf dem Nachtrag Nummer 1), 2) gegen KPÖ und BZÖ, 3) gegen KPÖ, 8) ist abgesetzt und 9).

1) Präs. 11245/2003-28

Roswitha Scharl, Abteilung für  
Gemeindeabgaben, Bevollmächtigung  
zur Vertretung der Stadt Graz in  
Vollstreckungssachen

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz beschließen:

Die Bedienstete der Abteilung für Gemeindeabgaben, Roswitha Scharl, wird bevollmächtigt, die Stadt Graz vor sämtlichen Bezirksgerichten der Republik Österreich in Vollstreckungssachen zu vertreten.

3) A 6 – 002405/2003-0094

Caritas Frauenwohnhaus,  
Petition des Gemeinderates an die  
zuständige Innenministerin

Der Gemeinderatsausschuss für Kinder, Jugendliche, Familien und Sport stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle im Wege einer Petition gemäß § 45 Abs. 2 Z 15 des Statutes der Landeshauptstadt Graz die zuständige Innenministerin auffordern, dafür Sorge zu tragen, dass das Projekt „Spezielle Betreuung von Kindern und Müttern im Kontext von Alleinerzieherinnen“ des Caritas Frauenwohnhauses weiter finanziert wird und damit deren Fortbestand gesichert ist.

9) A 15-5520/2006

Förderungsrichtlinien für die  
Landwirtschaft;  
Änderung

Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Änderung der Förderrichtlinien für die Landwirtschaft wird genehmigt.

NT 1) A 8-6068/2009-2

Finanz- und Vermögensdirektion,  
Resolution zur finanziellen Lage der  
Städte

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 15 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 die Resolution gemäß obigem Motivenbericht beschließen, um ein gemeinsames Auftreten der österreichischen Städte und Gemeinden zu gewährleisten und die ernste Situation der Städte und Gemeinden zu verdeutlichen.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird außerdem beauftragt, diese Resolution der Bundesregierung, dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Vizekanzler und Finanzminister sowie der Steiermärkischen Landesregierung zu übermitteln.

NT 2) A 8 – 18345/06-32

Universalmuseum Joanneum GmbH  
Richtlinien für die o. Generalver-  
sammlung am 11.2.2010 gem. § 87 Abs.  
2 des Statutes der Landeshauptstadt  
Graz 1967;  
Stimmrechtermächtigung

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 41/2008 beschließen:

Die Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Universalmuseum Joanneum GmbH, StR Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher und StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler werden ermächtigt, in der am 11. Februar 2010 stattfindenden Generalversammlung der Gesellschaft insbesondere folgendem Antrag zuzustimmen:

- Genehmigung des Jahresvoranschlages 2010

NT 3) A 8 – 40946/08-25

Umwelttechnik Netzwerkbetriebs GmbH –  
ECO World STYRIA  
Stimmrechtsermächtigung des Vertreters  
der Stadt Graz gemäß § 87 Abs. 2 des  
Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Umwelttechnik Netzwerkbetriebs GmbH – ECO WORLD STYRIA, StR. Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, in der für den 26.1.2010 anberaumten Generalversammlung der Gesellschaft insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
3. Beschlussfassung der ECO Strategie 2010+

NT 9) A 16-19466/2006

5. Grazer Kulturdialog:  
Informationsbericht

Der Kulturausschuss stellt gemäß § 45 Abs. 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 41/2008 den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Informationsbericht wird vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen.

***Die Tagesordnungspunkte 1), 3), 9), NT 1) und NT 9 wurden einstimmig angenommen.***

***Der Tagesordnungspunkt NT 2) und NT 3) wurde mit Mehrheit angenommen.***

**Berichterstatterin: GRin. Gesek**

2) A 5-14207/2004-4

Aktion „Fahrten mit dem Behindertentaxi“;  
Einführung einer Einkommensgrenze,  
Aufwandsgenehmigung von € 550.000,-  
auf Fipos 1.42910.620600

GRin. **Gesek:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Dieses Tagesordnungsstück handelt von Fahrten mit dem Behindertentaxi. Wie die Frau Vizebürgermeisterin schon ausgeführt hat, es soll eine Aufwandsgenehmigung über 550.000 Euro für das Jahr 2010 beschlossen werden und es soll eine Grenze von 1.500 Euro netto eingeführt werden, bisher gab es keine Einkommensgrenze. Die 1.500 netto (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) wurden auch im Sozialausschuss mit einer Gegenstimme angenommen. Ich bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und SeniorInnen den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes

- 1) die Aufwandsgenehmigung über € 550.000,- für das Jahr 2010 sowie
- 2) die Zustimmung zur Neuregelung der Zugangsbestimmungen für die Aktion „Fahrten mit dem Behindertentaxi“ ab 1.3.2010

erteilen.

GRin. **Bergmann:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Getrennte Abstimmung...

***Der Punkt 1. der Tagesordnung wurde mit Mehrheit angenommen.***

***Der Punkt 2. der Tagesordnung wurde mit Mehrheit angenommen.***

**Berichterstatter: GR. Mayr**

4) A 8 – 674/2009-38

Stadtbaudirektion  
Messequartier – Infrastrukturausbau  
1. Projektgenehmigung über  
€ 2.750.000,- in der AOG 2010-2013  
2. Nachtragskredit in Höhe von  
€ 600.000,- in der AOG 2010

5) A 10/BD-22483/2008-11

Messequartier – Infrastrukturausbau  
Projektgenehmigung in Höhe von € 2,75  
Mio.

- Aufschließungsstraße Klosterwies-  
gasse inkl. straßenbegleitende  
Baumpflanzungen, Entwässerung  
und Kfz-Abstellflächen
- Kreuzungsausbau Jakominigürtel –  
Klosterwiesgasse
- Neuordnung der Kfz-Abstellplätze am  
Jakominigürtel
- Geh- und Radwegdurchwegung des  
Bereiches Messequartier/  
Moserhofschlüssel
- Öffentliche Grünverbindung  
Münzgrabenstraße/  
Moserhofschlüssel

GR. **Mayr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Projektgenehmigung für den Infrastrukturausbau, also im Prinzip die Wegeerrichtung, im Bereich des sogenannten Messequartiers im Bereich zwischen Messe, Fröhlichgasse und Münzgrabenstraße, wo auch die neuen Wohngebäude errichtet werden. Es geht um die Aufschließungsstraße Klosterwiesgasse inklusive straßenbegleitende Baumbepflanzung, Entwässerung und Kfz-Abstellflächen, Kreuzungsausbau Jakominigürtel - Klosterwiesgasse, Neuordnung der Kfz-Abstellplätze am Jakominigürtel, dann vor allem die Geh- und Radwegdurchwegung des Bereiches Messequartier Moserhofschlüssel und die öffentliche Grünverbindung, also die Wegverbindung dort auch im Bereich des Moserhofschlüssel von der Münzgrabenstraße herein. Es geht hier um eine Projektgenehmigung insgesamt im Ausmaß von 2,75 Millionen Euro für die Jahre 2010 bis 2013. Im Stück ist es entsprechend aufgelistet, wie sich das über die Jahre verteilt. Der Schwerpunkt liegt in den ersten beiden Jahren 2010 und 2011. Die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der weiteren Koordination und Abwicklung beauftragt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), die

Bedeckung der Kosten erfolgt in dem parallelen Finanzstück und der Bericht wird sozusagen zusätzlich über die Details zur Kenntnis genommen. Die Abstimmung in den Ausschüssen war mehrheitlich positiv. Ich bitte daher um Abstimmung im Gemeinderat.

**Zu Punkt 4):**

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/19067 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

In der AOG 2010-2013 wird die Projektgenehmigung „Messequartier – Infrastrukturausbau“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 2.750.000,- im Rahmen des AOG - Programmes 2011-2015 (€ 2.700.000,-) bzw. durch Einsparungen aus der PG „Messe Infrastrukturausbau“ (€ 50.000,-)

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2010	MB 2011	MB 2012	MB 2013
Messequartier- Infrastrukturausbau	2.750.000	2010-2013	600.000	1.300.000	450.000	400.000

beschlossen.

In der AOG des Voranschlages 2010 wird die Fipos

5.61200.002220 „Straßenbauten, Messequartier-Infrastruktur-  
ausbau“ (AOB: BD00, DR BD 222) mit € 600.000,-

geschaffen und die Fipos

6.61200.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

um denselben Betrag erhöht.

**Zu Punkt 5):**

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag:

1. Vorstehender Bericht und die dargestellten Ausbaumaßnahmen im Zuge der Baumaßnahmen Messequartier und Moserhofschlüssel/GRAWE werden genehmigt.
2. Die Stadtbaudirektion wird unter Beiziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der weiteren Koordination und Abwicklung der gegenständlichen Ausbaumaßnahmen beauftragt.
3. Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von € 2.750.000,- für die Jahre 2010 – 2013, die sich wie folgt aufteilen,

2010	€	600.000,-
2011	€	1.300.000,-
2012	€	450.000,-
2013	€	400.000,-

werden genehmigt.

4. Die Bedeckung der Kosten erfolgt auf den im parallelen Finanzstück festzulegenden Voranschlagsstellen.

GR. **Eichberger:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte mich, auch wenn der Kollege Mayr jetzt gesagt hat mehrheitlich positiv angenommen, dann stimmt das schon, aber es gab doch einige Fraktionen, die dem nicht in dieser Form die Zustimmung gegeben haben aus verständlichen Gründen, und ich möchte auch vor allem die Haltung meiner Fraktion in dieser Frage und die Ablehnung hier noch einmal kundtun. Weil es schon etwas verwunderlich ist, dass vor einigen Gemeinderatssitzungen dieses Stück hätte schon beschlossen werden sollen, damals mit einem Gesamtbetrag von rund 2,7 Millionen Euro. Dank unsere Initiative der Sozialdemokratie im Ausschuss beziehungsweise auch auf Grund der entsprechenden Medienberichterstattung gab es dann, Gott sei Dank, einen Nachdenkprozess der zuständigen Referentin und ein Nachverhandeln und wir sind natürlich alle stolz und froh, dass diese Nachverhandlungen immerhin der Stadt Graz



rund 800.000 Euro an Ersparnis gebracht hat, wobei man sich natürlich schon fragen muss, und diese Frage habe ich gestern auch im Ausschuss gestellt, wieso man nicht schon rechtzeitig und im Vorfeld und vor der ersten Vorlage dieses Stückes in dieser Intensität mit den betroffenen Bauträgern dort verhandelt hat. Freuen wir uns zum einen, dass es hier gelungen ist, einen nicht unwesentlichen Betrag zu ersparen. Auf der anderen Seite müssen wir uns schon, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Augen führen, dass es hier um Maßnahmen geht, in erster Linie um Radwege, die immerhin noch stolze 2,7 Millionen Euro kosten, wo wir auf der anderen Seite permanent auch vom Finanzreferenten von anderen Referentinnen und Referenten erfahren und hören, wo sie überall sparen müssen, dass es hier und da auch um wenige tausend Euro geht, wo es zu Einsparungen kommen muss, sei das jetzt im Bereich von Fahrten für Senioren und, und, und, und auf der anderen Seite haben wir hier finanzielle Mittel. Ich will ja nicht sagen, dass wir hier mit vollen Händen hier das Geld hinauswerfen, aber trotzdem muss man sich in Zeiten wie diesen fragen, kann sich die Stadt Graz diesen Luxus hier für Radwegeverbindungen, die noch dazu mehr als hinterfragungswürdig sind, einfach leisten? Und zum anderen, und das ist das Betrübliche auch an diesem Stück, wenn zwar hier Bedacht genommen wird, dass die Radfahrer in Zukunft hier etwas flotter dieses Gebiet durchfahren können und queren können, fehlt in diesem Stück, und dafür scheint kein Geld da zu sein, dass es einen Wertausgleich gibt für die dortige betroffene Bevölkerung insofern, und das wurde ihnen auch damals in Aussicht gestellt im Zusammenhang mit diesem Messequadranten und mit diesem gewaltigen Investitionsvorhaben und mit dem Bau hunderter Wohneinheiten, dass es hier zu Wertausgleichsmaßnahmen kommt in Form von Wohnbereichspark, von öffentlichen Grünflächen und, und, und. Und wer jetzt glaubt, dass auch in diesem Zusammenhang mit diesem Stück hier dies Platz gefunden hätte und auch nur ansatzweise ein Satz in diesem Stück drinnen wäre, wo das berücksichtigt wird oder wo zumindest drinnen steht, man beabsichtigt oder man hat vor oder man will auch für die dortige Bevölkerung etwas tun, der wird hier sehr lange suchen müssen und wird nichts finden. Und zum anderen auch noch zwei Dinge in diesem Zusammenhang: das Erste ist, und wir wurden gestern im Ausschuss entsprechend informiert, dass die Bauträger hier nicht besonders, auch wenn es sich jetzt so darstellt, dass sie uns entsprechend entgegengekommen sind, aber allein nur für die Benützung, für das Servitutsrecht zur Benützung dieser Radwege muss die Stadt

Graz sage und schreibe rund 250.000 Euro den Wohnbauträgern zahlen, nicht für die Errichtung, sondern nur dafür, dass auch Nichtbewohner diese Radwege queren dürfen. Und als letzter Satz, der auch zeigen soll, dass hier leider nicht mit der entsprechenden Sorgfalt hier dieses Stück vorbereitet wurde, ein Satz, und der stammt nicht von einem SPÖ-Mandatar, sondern vom grünen Bezirksvorsteherstellvertreter gestern in der Sitzung, der zu diesem Stück eines sagt: Er sieht sowohl hinsichtlich des Inhaltes und der inhaltlichen Festlegung dieser Radwege wie auch in der finanziellen Bedeckung größten Handlungsbedarf und sieht hier auch ein entsprechendes Potential zur Verbesserung dieses Stückes. Wenn das sogar der grüne Bezirksvorsteherstellvertreter im Rahmen einer öffentlichen Sitzung hier im Rahmen dieses Ausschusses kundtut, dann glaube ich, braucht man nicht mehr allzu viel zu sagen, als dass ich mir erwartet hätte, dass seine Parteikollegin, seine Vizebürgermeisterin, einfach sagt, ich nehme das Anliegen meines Bezirksvorstehers aus Jakomini ernst, wir überarbeiten noch einmal dieses Stück und wir legen es dann in einer entsprechenden Form vor. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte gleich direkt antworten, bin ja auch direkt angesprochen. Das Messequartierstück, das stimmt, das wurde im Herbst vorgelegt und dank auch der Initiative vom Herrn Klubobmann und von der SPÖ wurde das Stück noch einmal heruntergenommen, und es war damals der Rechnungshofbericht, der schon vorher in Auftrag gegeben wurde, noch nicht fertig. Also genauer hinschauen und die Zahlen hinterfragen, genauso wie eine sehr umfassende Prüfung durch den Rechnungshof hat zu einer Grundsatzdiskussion geführt, wie bisher und wie vielleicht in Zukunft mit dem Thema Projektgenehmigung umgegangen wird. Es ist allerdings so, jemand, der verhandeln gehen soll im Auftrag der Stadt mit dem Mandat der Stadt braucht einen Gemeinderatsauftrag. Deswegen ist die bisherige Vorgangsweise, es gibt einen Betrag, der als Verhandlungsbetrag eingesetzt wird in einer Projektgenehmigung und dann wird verhandelt, das ist die bisherige Vorgangsweise. Die wurde zu Recht in diesem Fall vom Stadtrechnungshofdirektor auch dann in seinem Prüfbericht hinterfragt und es gab dann auch eine sehr intensive Diskussion auf Grund dieses Stückes zwischen Baudirektion Stadtrechnungshof und bei mir im Büro, wo es darum gegangen ist

herauszufinden, was macht mehr Sinn, macht es mehr Sinn, vorher schon sehr nahe an dem zu sein, was man jetzt einschätzen kann und das auch in eine Projektgenehmigung zu geben mit der Hoffnung, dass am Ende das auch herauskommt oder gibt man sich etwas mehr Spielraum, dass ein Verhandlungsspielraum entsteht. Eines möchte ich dazusagen, jede Projektgenehmigung wird, wenn sie dann unterschritten wird, in einer späteren Folge ja auch nachbehandelt, ich sage nur das Beispiel Verlängerung Vierer oder Sechser, da wurde ja auch, wenn Geld nicht ausgegeben wurde, ja auch ein Beschluss gefasst, was mit dem Geld passiert. Also das Geld verschwindet nie, aber die Frage der Vorgangsweise ist zu Recht aufgekommen und ist in diesem Fall gut gegangen. Es hätte auch umgekehrt sein können, es hätte umgekehrt sein können, man geht mit einer bestimmten Projektgenehmigung rein und im Detailverhandeln zeigt sich dann, es kommt mehr heraus, dann hätten wir auch da hereingehen müssen und die Diskussion wäre unter umgekehrten Vorzeichen dieselbe gewesen, soviel zur Frage, wie viel das Stück kostet beziehungsweise wie es in der Projektgenehmigung drinnen steht, was es am Ende kostet, werden wir ja erst sehen. Noch etwas, hier geht es nicht „nur“ unter Anführungszeichen um Rad- und Fuß, ich möchte auch Fußweg, weil ihr auch diejenigen seid, die ganz stark sich auch dafür einsetzen, dass die Stadt der kurzen Wege gelebt wird, es geht um Rad- und Fußverbindungen und es geht um andere Dinge auch noch in dem Stück, es wird gerne als der teure Radweg verkauft. Wir wissen, dass es da auch um die Aufschließungsstraße Klosterwiesgasse geht, dass es auch um den Kreuzungsausbau am Jakominigürtel/Klosterwiesgasse geht, dass es auch um eine Neuordnung von Kfz-Stellplätzen am Jakominiplatz geht und dass es auch um einen öffentlichen Grünstreifen geht. Ich habe nie etwas anderes behauptet als dass es um einen Grünstreifen geht. Und jetzt noch zur Vorgeschichte, muss ich das hier bitte sehr hier auch noch mal aufgreifen, wir haben es gestern diskutiert. Warum wir so ein Stück jetzt vorliegen haben, wo wir im Nachhinein mit den Bauträgern verhandeln gehen müssen, was wir ja auch getan haben und uns Dinge zurückverhandeln müssen, die damals beim Verkauf der Grundstücke auf Grund des Zeitdrucks, und da möchte ich gerne noch einmal den Finanzreferenten anschauen, wenn er da ist, der damals zuständig war, bei der Sozialdemokratie wissen wir ja, ich denke, ihr wart damals in der Regierung, wie das damals zugegangen ist, dass es dann zu einer so schnellen Beschlussfassung gegangen ist, um schnell für die Messe die entsprechenden

Grundstückswerte zu erzielen und dabei hat man auf einige Dinge und damit auch auf die wirkliche verbindliche Sicherstellung einer großen und einer gemeinsam nutzbaren Grünfläche offensichtlich verzichtet. Das ist etwas, was ich nicht in meine Verantwortung übernehmen und dass das Stück jetzt so vorliegt, wie es vorliegt, denke ich mir, hat eben diese Vorgeschichte, die ich gerne der SPÖ auch gerne wieder zurückgebe. Soviel aus meiner Sicht (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Stück wurde sozusagen nachbereitet, nachdem der Flop der geplanten Mehrausgaben, die uns seinerzeit schon im Gemeinderat unterjubelt werden sollten, hintangestellt worden sind. Auch danke an den Stadtrechnungshof, dass er da behilflich war, aber wenn man jetzt die Historie des Projektes anbelangt, so muss man schon festhalten, dass hier die Stadt Graz, die ja über die Gesellschaft der Messeeigentümer dieses Areals war, hier gröblichst in der Stadtplanung halt Fehler unterlaufen sind, indem sie Flächen verkauft hat, die schon damals wissentlich für die entsprechende Infrastruktur benötigt werden. Diese Fläche hätte niemals verkauft werden können, und ich sage zu der aktuellen Situation, wenn die 800.000 Euro angeschnitten werden, ja Moment einmal, in welche prekäre Situation haben wir uns eigentlich begeben, dass solche überhaupt Angebote eigentlich wohlwollend einmal zur Kenntnis genommen worden sind, dass man eigentlich nur noch die allergrößten Schäden ausbügeln konnte. Wie gut wäre unsere Verhandlungsposition gewesen, wenn dieser Lapsus damals nicht passiert wäre. Ich sage auch im Interesse der Grazer Steuerzahler, da wäre weitaus mehr für uns drinnen gewesen und ich bin auch der Ansicht, dass die Grazer Messe, wenn man sich dort die Infrastruktur anschaut, die bisher passiert ist mit dem Messevorplatz, der einer Steinwüste gleicht, keine positiven Akzente da zu erwarten sind, noch dazu, wo die Bewohner im Umfeld dieses Bereiches ja viel zu wenig eingebunden worden sind in die Veränderungen, die da jetzt konkret geplant worden sind und für manche, auch verkehrsmäßig, weil auch andere Verkehrsströme gelegt werden, massiv beeinträchtigt werden, auch durch anderen Autoverkehr, durch Abgase, durch Lärm usw. Wir werden daher auch im Interesse dieser betroffenen Bürger diesem Antrag nicht unsere Zustimmung als BZÖ erteilen. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und vor allem jener, die da zukünftig wohnen werden, etwas machen möchte, dann versucht man natürlich, die Geh- und Radwegsituation und die Durchwegung des Gebietes und die Verbindungen in diesem Bereich sicherzustellen. Und das macht man nicht damit, indem man diesem Stück nicht zustimmt. Wir kennen alle die Diskussion um die Finanzierung und wir wissen alle, die Frau Vizebürgermeisterin hat das genau erklärt, dass man zunächst einmal über die Projektgenehmigung den Rahmen festsetzt. Wir haben jetzt eine deutliche Reduzierung nach dem Ende der Verhandlungen bekommen. Zweitens zu der Historie des Stückes, ich meine, eines ist schon klar, alle Gemeinderatsfraktionen, die damals den Bebauungsplänen rund um den Messequartier zugestimmt haben, sollen sich bitte daran erinnern, was damals Sache war und das ist sozusagen das, was jetzt am Tisch liegt, war damals natürlich schon ausgesprochen und wie gesagt, ich kann mich noch sehr gut an die Abstimmungsverhältnisse, die eine Zwei-Drittel-Mehrheit gebraucht haben, damals erinnern. Einen Satz noch zur Grünraumausstattung in Jakomini. Ich würde wirklich auch alle jene Fraktionen, die hier besonders auf dieses Argument Wert legen, darum bitten, sich in die Diskussion um das Stadtentwicklungskonzept einzubringen, entsprechend auch für dieses konkrete Gebiet, die Stadtplanung hat in dem Kapitel zum Thema Grünraum sehr genau evaluiert, in welchen Bereichen eine zusätzliche Grünraumausstattung eigentlich dringend notwendig wäre. Das ist natürlich auch in diesem Gebiet ein Thema, und hier wird man auch im Zuge des STEK versuchen, sich zu überlegen, wie kann man zu einer öffentlichen Grünraumausstattung in diesem Bereich zusätzlich kommen. Ich ganz persönlich sage, man wird wahrscheinlich die Diskussion mit der Messe wieder aufnehmen müssen, ob man sozusagen auch im Areal der Messe nicht dann und wann außerhalb der Nutzung der Messe hier auch eine öffentliche Zugänglichkeit erreichen wird können, das wünscht sich die Messe nicht, ich glaube, man wird es im Sinne der Qualität dieses Areals wahrscheinlich weiterhin diskutieren müssen.

***Die Tagesordnungspunkte 4) und 5) wurden mit Mehrheit angenommen.***

**Berichterstatter: GR. Hohensinner**

6) A 8/2-037979/2006-8

Grazer Parkgebühren-Verordnung 2006,  
(Kurz-)Parkzonen/Anpassung

GR. **Hohensinner**: Werte Frau Vizebürgermeister, liebe Gäste, werter Gemeinderat! Die nunmehr vorgelegte 5. Novelle der Grazer Parkgebührenverordnung 2006 stellt die gebührenrechtliche Grundlage für die Umsetzung mehrerer bereits im Jahr 2009 gefasster Organbeschlüsse dar. Diese sind Einrichtung von flächendeckenden Kurzparkzonen in folgenden Bewohnergebieten: westlich des Eggenberger-Gürtels, nordöstlich der Karl-Franzens-Universität, nördlich der Wickenburggasse, nördlich der Keplerstraße. Nächster Punkt, Einrichtung einer flächendeckenden Kurzparkzone mit dem Bewohnergebiet Bereich zwischen Elisabethstraße und Hallerschloßstraße östlich der Merangasse unter Rücknahme von Teilen am Ruckerlberg. Räumliche Änderungen im Bereich folgender Parkzonen: Kreuzgasse, Hilmteich, Ruckerlberg, Messe, Schönau, Eggenberg. Ein weiterer Punkt, Einrichtung der Parkzonen Eisteichsiedlung, Floßlend, Geidorf, Mariatrost. Es hat auch einen qualifizierten Einspruch des Bezirksrates Mariatrost gegeben, aber dieser Einspruch konnte ausgeräumt werden. Bitte um Annahme des Stückes. Im Ausschuss wurde es einstimmig vorberaten. Danke.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß §§ 15 Abs. 3 Z 5 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl. I Nr. 103/2007, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 85/2008, sowie gestützt auf das Steiermärkische Parkgebührengesetz, LGBl.Nr. 37/2006 und das Statut der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 41/2008, die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichters bildende Verordnung beschließen.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerade auch als Mariatroster pars pro toto zu diesem Stück Stellung nehmen und auf die Situation in Mariatrost eingehen, die hier die Situation für die Anrainer durch Errichtung dieser geteilten Kurzparkzonen erheblich negativ beeinträchtigen wird.

Und anscheinend nicht nur die regierende Koalition kein Vertrauen hat, dass zu dem neu errichteten oder zu dem in Bau befindlichen Park-&-Ride-Parkplatz in Mariatrost draußen eine entsprechende, attraktive öffentliche Verkehrsanbindung in die Stadt hinein zustande gebracht wird, weil ansonsten würde sich diese Frage eigentlich gar nicht stellen, hier in Mariatrost eine entsprechende Ausweitung der Zonen zu erstellen, weil wenn ich draußen vor Ort parken kann, wenn ich aus dem Weizer Korridor anreise und eine attraktive Anbindung an die Stadt habe mit öffentlichen Verkehrsmitteln, werde ich wahrscheinlich gar nicht bis in den Ortskern von Mariatrost oder bis nach Mariagrün anreisen wollen. Das heißt, diese Situation scheint meines Erachtens immer noch nicht im Griff zu sein, was die Frage aufwirft, ob auch dieses Park-&-Ride-System in Mariatrost ähnlich wie andere bereits längere Zeit realisierte Park-&-Ride-Systeme möglicherweise auch ein Flop wird. Ich hoffe es nicht, weil an sich die Grundkonzeption, und das sage ich auch für das BZÖ, von uns mitgetragen worden ist (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich finde es als äußerst befremdend an, wenn durchaus Überlegungen auch von der ÖVP, auch von den Grünen, die im Bezirk herangetragen worden sind, die sich kritisch zu diesem Stück für den Bezirk Mariatrost geäußert haben und im Bezirksrat auch einstimmig einen qualifizierten Widerspruch zur Kenntnis gebracht haben und übermittelt haben, dass über diesen anscheinend von der regierenden Koalition in Graz darübergelassen wird und die Bezirksinteressen in dem Sinne nicht nur nicht berücksichtigt, sondern eigentlich mit Füßen getreten werden. Ich darf auch diesbezüglich auch schon ankündigen, dass wir dem entsprechenden dringlichen Antrag, der heute ja auch Gegenstand ist, zur Ausbau der direkten Demokratie natürlich unsere Zustimmung als BZÖ geben werden und sehen gerade diesen Fall wirklich als Negativbeispiel, wie man hier mit Interessen umgeht und nicht den Weg wählt, in einen Dialog zu treten mit den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit dem Bezirksrat des betreffenden Bezirkes, um hier noch Möglichkeiten zu einem Konsens auszuloten, das hätte ich mir gerade von Ihnen, Frau Vizebürgermeister, von Ihnen erwartet, ich bin dahingehend erst einmal enttäuscht worden. Danke (*Applaus BZÖ*).

GRin. **Meißlitzer**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Lisa Rücker! Du warst ja bei einer Bezirksversammlung auch in Mariatrost selber anwesend, du hast dir dort die

Anliegen der Bürgerinnen und Bürger angehört, du hast auch genau gespürt, welche Wünsche vorhanden sind. Ich merke, dass das alles keine Bedeutung hat, das ist einfach völlig egal, die Zonen werden ausgeweitet, es wird darübergefahren, die SPÖ ist ja nicht im Bezirksrat in Mariatrost vertreten, aber trotzdem finde ich es einfach unverantwortlich, manche Dinge so zu gestalten, wie sie gestaltet werden. Außerdem gibt es schon von mir viele Jahre lang den Wunsch, endlich einmal ein Verkehrskonzept für Mariatrost zu erstellen, auch das ist nicht möglich gewesen und das Park-&-Ride-Haus, das ja auf Betreiben der SPÖ auch forciert wurde, also ich habe auch schon meine Zweifel, dass das tatsächlich so umgesetzt wird, dass es auch dann eine öffentliche Verbindung vom Park-&-Ride-Haus in Mariatrost in die Stadt gibt. Jetzt ist die Situation unerträglich, wer in Mariatrost wohnt und in die Stadt möchte, hat wirklich zu kämpfen und die Bewohnerinnen und Bewohner der anliegenden Gassen von der Mariatroster Straße, alle Seitengassen, sind derart verparkt und es wird auch nicht mit Zonen sich verändern (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich melde mich jetzt selbst zu Wort, weil da zwei Diskussionen vermischt werden. Das eine ist die Ausweitung der Parkzonen, dazu gab es ein Verfahren für alle Bezirke, wo die Bezirksräte die Möglichkeit hatten, Veränderungswünsche einzubringen. Die Veränderungswünsche, die verkehrsplanerisch sinnvoll erachtet wurden, wurden auch eingearbeitet und es wurde auch so kommuniziert. Zum Thema öffentliche Verbindung Fölling, da weiß ich nicht, welche Sorgen da momentan kolportiert werden, die öffentliche Verbindung, also der Shuttlebus von der Stadt her ist beschlossen und die Regionalbusverdichtung ist Thema. Ich war gestern gerade wieder bei der Landesrätin dazu. Also prinzipiell sehe ich da jetzt keinen Grund zur Panik, und dann würde mich natürlich interessieren, aber vielleicht kannst du mir das bei Zeiten noch erzählen, liebe Edeltraud, was die vielen Punkte sind gewesen, die wir nicht berücksichtigt hätten, denn erstens, Mariatrost ist öffentlich an die Stadt sehr gut angebunden, eine Straßenbahn in so einer guten Erschließung und guten Erreichbarkeit, Durchwegung usw. ist nicht in allen Bezirken Tatbestand, das möchte ich gerne einerseits sagen, also wenn es darum geht, von Mariatrost in die Stadt zu kommen, gibt es auf Radsektor und am ÖV-Sektor eine sehr gute Ausstattung im



Verhältnis zu anderen Teilen der Stadt wirklich sehr gut. Ich weiß, wie du das meinst, und wir haben die Erfahrung und wir haben ja auch die Evaluierung aus den anderen Parkzonen zugrunde gelegt. Das Parkzonenerweiterungskonzept war ja keine aus dem Ärmel geschüttelte Willkürgeschichte, sondern eine mit wirklich massiv aufwendigen Begehungen versuchte Herstellung eines einigermaßen übersichtlichen Systems für Mariatrost. Wer Mariatrost kennt, weiß, dass wir dort Straßenquerschnitte haben, die teilweise derzeit Parksituationen verursachen, wie du genau weißt, wo nicht klar ist, was ist Fahrbahn, was ist Grünstreifen, was ist schon die Hauseinfahrt, weil dort die Straßenquerschnitte sehr schmal sind. Deswegen haben wir versucht, indem einzeln abgegangen wurde jede Straße x-Mal von den Zuständigen, und da waren mehrere Herrschaften beteiligt aus mehreren Abteilungen, um zu schauen, wie ist die beste Lösung, um dort eine einigermaßen geregelte Zone, grüne Zone zu etablieren. Und wir wissen aus den Evaluierungen anderer grüner Zonen, dass sich das insbesondere für die anrainende Bevölkerung positiv ausgewirkt hat und in dem Sinn wird auch nach dieser Ausweitung wieder eine Evaluierung stattfinden und wenn sich dann herausstellt, dass Verfeinerungen, Nachbesserungen notwendig sind, werden die auch aufgegriffen werden. Und zum Thema Fölling und Buserschließung denke ich mir, ist derzeit meines Wissens keine Veränderung in Sicht, was den Shuttlebus anbelangt, was die Intensität der Takte anbelangt und was die Regionalbusverbindung, da gibt es schwierige Verhandlungen, aber es ist so, dass es das Ziel ist, diese Verdichtung herzustellen, das ist ja auch im regionalen Verkehrskonzept so vorgesehen. Gibt es noch andere Fragen oder Anmerkungen? Zum Thema Parkgebührenverordnung/Anpassung zu einem Stück, das übrigens hier herinnen im letzten Frühjahr beschlossen wurde, hier geht es um ein Nachziehen reiner Verordnungsebenen zu etwas, was wir eigentlich letztes Jahr auch hier schon sehr intensiv diskutiert haben, das wollte ich auch noch ganz zum Schluss sagen.

***Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.***

**Berichterstatter: GR. Müller**

7) A 14-K-556/1996-41

05.06.1 Bebauungsplan Köflacher Gasse  
- Eggenberger Straße  
1. Änderung  
V. Bez., KG. Gries  
Beschluss

GR. **Müller**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat! Bebauungsplan Köflacher Gasse - Eggenberger Straße, 1. Änderung, wurde im Gemeindeumweltausschuss und Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung bei der gestrigen Ausschusssitzung behandelt und einstimmig angenommen. Daher stelle ich namens des Gemeindeumweltausschusses und Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle erstens, den 05.06.1 Bebauungsplan Köflacher Gasse – Eggenberger Straße, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie zweitens die Erledigung der Einwendung/Stellungnahme beschließen.

Der Berichterstatter stellt namens des Gemeindeumweltausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. den 05.06.1 Bebauungsplan „Köflacher Gasse – Eggenberger Straße“
  1. Änderung, bestehend aus dem wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Erledigung der Einwendung /Stellungnahme beschließen.

***Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (50 : 0).***

**Berichterstatter: GR. Dr. Hofmann-Wellenhof**

8) A 14-040903/2009

XI. Bez., KG Wenisbuch  
Grundstück Nr. 614  
Beschluss  
Teilaufhebung des 05.14 Aufschließungs-  
gebietes

GR. Dr. **Hofmann-Wellenhof**: Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren! Es geht um ein Grundstück in Mariagrün, beziehungsweise Mariatrost, dort möchte der Grundeigentümer bauen. Derzeit ist dieses Grundstück als Aufschließungsgebiet gewidmet, daher wird der Antrag gestellt, dass diese Aufschließung umgewandelt wird, und der Antrag lautet folgendermaßen: Der Gemeinderat wolle die Aufhebung der Festlegung als Aufschließungsgebiet für das Grundstück Nr. 6214 der Katastralgemeinde Wenisbuch beschließen und beschließen, dass für diese Fläche kein Bebauungsplan erforderlich ist.

Der Berichterstatter stellt namens des Gemeindeumweltausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle die Aufhebung der Festlegung als Aufschließungsgebiet für das Grundstück Nr. 614 der KG Wenisbuch beschließen und beschließen, dass für diese Fläche kein Bebauungsplan erforderlich ist.

*Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (50 : 0).*

**Berichterstatter: GR. Mag. Haßler**

NT 4) A 8 – 25167/06-24

Aktualisierte Zinsrisiko- und  
Finanzierungsstrategie 2010

GR. Mag. **Haßler**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich darf über die Zinsstrategie berichten. Wie erinnerlich haben wir im Vorjahr beschlossen, dass der Fixzinsanteil bei unseren Schulden zwischen 60 und 75 % liegen soll. Am oberen Ende dann, wenn Fixverzinsungen unter 3 % oder bis 3 % möglich sind, das war der Fall,

deshalb ist Ende des Jahres 2009 der Anteil (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) unserer Schulden, die fix verzinst sind, bei 75 %. Aus dem Jahre 2009 ist noch zu berichten, dass die Durchschnittsverzinsung für unsere Schulden bei 3,28 % lag und dass durch Absicherungsmaßnahmen, nachdem die Fixverzinsung doch um einiges höher war wie die variablen Zinsen, noch 2,9 Millionen Euro da positiv erwirtschaftet werden konnten. Als Ausblick jetzt für die neu zu beschließende Strategie ist anzumerken, dass derzeit der Zinssatz historisch niedrig ist, aber doch mittelfristig erwartet wird, dass es wieder zum Ansteigen der Zinsen kommt und dass es daher jetzt angebracht ist, in Richtung langfristige Verzinsung zu gehen, da jetzt gute Konditionen dort möglich sind. Daher wird vorgeschlagen, den Anteil der fixverzinsten Schulden von 75 % in Richtung 90 % zu erhöhen. Für das Jahr 2010 ist geplant, dass Fremdmittelaufnahmen von 150 Millionen Euro vorgenommen werden. Ich darf jetzt namens des Ausschuss den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle den Motivenbericht zur Kenntnis nehmen. Der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Finanz- und Vermögensdirektion beauftragt wird, in Richtung 90 % die Fixverzinsungen auszuweiten. Es ist aktuell ein Darlehen umzuwandeln, da gibt es ein Angebot, und zwar geht es um 21 Millionen Euro mit einer Zinsbindung von 15 Jahren, da lautet der Beschluss, dass ein Abschluss erfolgen soll, wenn eine Verzinsung für die 15 Jahre von maximal 3,79 % per anno möglich ist. Dass eben die Fremdmittelaufnahmen, wie geschildert, im Ausmaß von 150 Millionen Euro im Sinne des Gemeinderatsberichtes vom September 2008 vorgenommen werden. Ich ersuche um Annahme, danke.

Der Berichterstatter stellt namens Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses die Anträge, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 3 lit c des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 4172008 mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschließen:

- 1.) Der Gemeinderat wolle den Motivenbericht zum aktuellen Status der Zinsrisikosituation zustimmend zur Kenntnis nehmen.
- 2.) Die Finanz- und Vermögensdirektion wird beauftragt, bis Ende 2010 durch entsprechende Strukturierungen der Neufinanzierungen, gegebenenfalls auch durch Umstrukturierungen und den Abschluss von Derivatgeschäften,

entweder als Stadt Graz selbst oder über die Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH den Anteil der Fixverzinsungen am konsolidierten Gesamtfinanzschuldenportfolio der Stadt Graz auf bis zu 90 % auszuweiten. Über den Abschluss sämtlicher diesbezüglicher Transaktionen ist in den jeweils folgenden Gemeinderatssitzungen zu berichten, soweit sie nicht bereits vorweg im Gemeinderat beschlossen werden.

- 3.) Der Umwandlung der Zinskondition des Darlehens Nr. 6/15/120 lt. aktualisiertem Angebot der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG (Beilage 5) wird zugestimmt.
- 4.) Die Finanz- und Vermögensdirektion wird gemeinsam mit der Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH beauftragt, die erforderliche Finanzmittelaufnahme des Hauses Graz im Jahr 2010 gebündelt nach dem Konzept des GR-Berichtes vom 18. September 2008 (Beilage 6) vorzubereiten, und die konkreten Transaktionen dem Gemeinderat zur nochmaligen Beschlussfassung vorzulegen.

*Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (46 : 2).*

**Berichterstatter: GR. Mag. Spath**

NT 5) A 8 – 41291/2009-1

Stadtschulamt  
Unterhaltsreinigung der städtischen  
Pflichtschulen, Fremdvergabe;  
Projektgenehmigung über € 580.000,- in  
der OG 2010-2012

NT 6) SSA-13057/2009-4

Unterhaltsreinigung der städtischen  
Pflichtschulen; Fremdvergabe;  
Projektgenehmigung über € 580.000,- für  
die Jahre 2010 bis 2012;  
Fipos 1.21100.728010: € 276.400,- und  
Fipos 1.21200.728010: € 303.600,-

GR. Mag. **Spath**: Das Stadtschulamt beantragt eben für die OG 2010/2012 eine Projektgenehmigung in der Höhe von 580.000 Euro, begründet dies

folgendermaßen. Die frei gewordenen Dienstposten im Reinigungsdienst sollen nicht nachbesetzt werden, sondern eine schrittweise Fremdvergabe der täglichen Unterhaltsreinigung ist erforderlich. Dazu gibt es fünf Lose, drei, die bereits, wie wir heute im Finanzausschuss schon gehört haben, seit Beginn des Schuljahres 2009/2010 fremdvergeben sind und zwei Lose, Los 4 und 5 für die Volksschule Ferdinandeum und Haupt- und neue Mittelschule Ferdinandeum und Musikhauptschule sowie die Volks- und Hauptschule, neue Mittelschule St. Johann sollen ab 2010 fremdvergeben werden. Die Gesamtkosten betragen für diese drei Jahre 2010 bis 2012 580.000 Euro. Ich stelle daher den Antrag, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen, ein kleiner Hinweis noch, die Kosten dafür werden über die Eckwerte des Stadtschulamtes finanziert. Ich bitte um Annahme.

**Zu NT 5):**

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

In der OG 2010-2012 wird die Projektgenehmigung „Reinigung städtischer Pflichtschulen - Fremdvergabe“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 580.000,-

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2010	MB 2011	MB 2012
Reinigung städtischer Pflichtschulen – Fremd- vergabe	580.000	2010-2012	242.000	216.000	122.000

beschlossen.

Die Kosten für 2011 und 2012 sind jeweils über die Eckswerte des Stadtschulamtes zu finanzieren.

**Zu NT 6):**

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft den Antrag, der Gemeinderat möge die Projektgenehmigung für die Fremdvergabe

der Unterhaltsreinigung an städtischen Pflichtschulen in der Höhe von € 580.000,- für die Jahre 2010 bis 2012 erteilen.

GRin. **Bergmann:** Eine Anmerkung möchte ich zu diesem Stück schon geben. Wir haben im Finanzausschuss schon heftig darüber diskutiert. Was für uns befremdend ist, dass diese Fremdvergabe ja schon umgesetzt wurde, dass mit Beginn Jänner 2010 ja bereits von Fremdfirmen in diesen Schulen gereinigt wird, natürlich auch im Zuge dessen, dass es anscheinend sukzessive, dass Dienstposten nicht mehr nachbesetzt wurden, sodass einfach eine prekäre Situation im Reinigungsbereich auch entstanden ist. Wir als KPÖ lehnen diesen Antrag ab, weil wir grundsätzlich gegen diese Fremdvergaben sind, weil wir sehr bezweifeln, ob der Einsparungsbereich von 10 % auch tatsächlich gegeben ist. Ein zweiter Punkt ist auch das, dass wir alle wissen, dass vor allem Reinigungskräfte in diesen Reinigungsfirmen am untersten Lohnlimit sind und unter äußerst prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten und aus dem Grund lehnen wir das auch grundsätzlich strikt ab. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir das Stück anschau, dann schwant mir eigentlich Arges, wenn ich an die Ausschreibung denke, denn hier in diesem Stück sind eigentlich als wesentliche Angaben eigentlich nur die Summe angegeben, die der jeweilige Auftrag beträgt und die Quadratmeteranzahl, die zu reinigen ist. Wer von Ihnen jemals so eine Ausschreibung gemacht hat oder nachverfolgt hat oder evaluiert hat, der wird wissen, dass es nicht nur auf die jeweiligen Quadratmeteranzahl in Summe drauf ankommt, sondern auf die jeweilige Frequenz, wie häufig und in welcher Art und Weise gereinigt wird. Es ist relativ leicht, ein Angebot zu machen auf Basis der Quadratmeterleistung, wenn nicht hinreichend situiert ist, wie viel Leistungsstunden hier dahinterstecken. Und gerade in diesem Bereich ist es in der Branche leider Gottes nicht üblich, dass hier wirklich auftragsgemäß eine qualifizierte Unterhaltsreinigung, wie es in der Fachsprache heißt, wirklich eingehalten wird,

sondern man sukzessive nach Erhalt des Auftrages die Frequenzen reduziert und Personal abzieht und zu einer, überspitzt formuliert, zu einer Sichtreinigung übergeht, indem man, wenn man in das Zimmer reinschaut, sagt, passt eh alles, sich wieder verabschiedet und sozusagen die Reinigung hintangestellt wird. Ich bin daher gegen die Art und Weise auf dieser Basis der Information, die dem Gemeinderat als höchstes Organ der Stadt Graz zur Verfügung gestellt wird und darf warnen, diese Modalität in anderen Bereichen wirklich verstärkt einzusetzen. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. **Kolar:** Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reinigung und das Vergaberecht der Reinigung war ja schon öfter hier in diesem Hause eine Diskussion. Ich bin bei der Ingrid Bergmann, wo man dabei ansetzen kann, dass es mit dem Stück absolut nicht nachweisbar und beweisbar ist, dass wir hier Einsparungen erzielen. Wir haben keine Grundlagen dafür. Die Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben im Magistrat und in unseren Abteilungen, ich erwähne nur das Bauamt und das Jugendamt, und alle, die im Jugendamt beschäftigt sind und waren, die Frau Beck hat über Jahre hinweg große Probleme gehabt mit den Privatreinigungen. Der Enderfolg war dann, dass die Einrichtungen des Jugendamtes so desolat waren, dass man eigentlich Instandhaltungsarbeiten ansetzen mussten, wenn ich nur an die Böden denke. Es gibt hier viele Bereiche, die für mich zu wenig transparent und klar dargestellt werden. Es geht auch in dem Bereich, mit welchen Reinigungsmitteln wird gearbeitet, wie ökologisch gehen wir hier mit den städtischen Einrichtungen um und wenn wir sehen, wie private Bereiche hier tätig sind, ist das zu hinterfragen. Ich darf auch noch einen zweiten wichtigen Bereich mit hier ansprechen, es gibt eine Zusage des Herrn Bürgermeister, der klar und deutlich formuliert hat, dass es im Bereich, wo Kinder in der Stadt umsorgt, umhegt werden, es zu keiner Privatisierung kommt in diesen Bereichen, damit verbunden war auch, dass die Beschäftigten im Reinigungsbereich Abstriche in ihrem Gehaltsschema hinnehmen mussten. Wir haben von einem Quadratmeterreinigungsgeld von 21,50 auf 17,10 abgespeckt, darf ich dazu sagen, ich weiß jetzt nicht genau, wie teuer hier die Privatreinigungen letztendlich angeboten werden. Mir ist auch unklar, wie weit der Vorsteuerabzugsbereich hier letztendlich auch hineingerechnet wurde, also viele, viele offene Fragen, die sich mit diesem



Stück letztendlich zusammentun, und der letzte Bereich, den wir heute schon kurz im Finanzausschuss angesprochen haben, der mir letztendlich auch nicht gefällt, ist der, dass wir im Dezember bei der Budgetdebatte ein Reformprojekt in diesem Haus beschlossen haben, wo es darum geht, dass wir eigentlich in die Umsetzung gehen und hier versuchen wollen, alles was mit GBG, mit Facilitymanagement, mit Liegenschaften und Schule zu tun hat, einmal aufzuarbeiten und hier die Grundlagen einmal festzumachen, bevor wir diesen Schritt und diesen Weg gehen, dass wir privat letztendlich vergeben. Ich darf sagen, wenn schon so eine große Lust besteht, privat zu vergeben, dann sollen der Herr Bürgermeister und die Frau Vizebürgermeister vorangehen und ihre Diensträumlichkeiten, jetzt ein bisschen spaßig gemeint, einmal den Privaten so zur Übung übergeben und einfach einmal schauen, wie dort die Reinigung funktioniert, vielleicht ist das ein Ansatz, den wir in weiterer Folge auch in der Stadt Graz weiterverfolgen können. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 14.55 Uhr den Vorsitz.***

StRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabner**: Bezüglich der nun kommunizierten oder angegebenen offenen Fragenpunkte wundert es mich zu Beginn schon sehr, denn wir sind zusammen auch im Ausschuss gesessen und diese Fragen wurden nicht gestellt. Es wurden auch keine anderen eingefordert, denn all diese Unterlagen, und ich beginne einmal mit dem Kollegen, dass keine Einsparung gegeben sein könnten von 10 %, ist natürlich nicht korrekt, es gibt eine detaillierte Kostenaufstellung, die natürlich den Preisvergleich der Eigenreinigung und auch dann der Fremdvergabe der Reinigung beinhaltet. Ich kann Ihnen die Zahlen gerne nennen, aber wir können sie auch sehr gerne übermitteln, um Sie hier nicht zu überschütten, aber alleine in der Schule Kepler, nenne ich nun gerne, von 94.446 an Eigenreinigung sind wir bei der Fremdvergabe bei 53.000 Euro. Wie gesagt, wir haben die Zahlen hier aufgelistet und können nicht unvorbereitet sagen, dass es Einsparungspotential gibt, ohne es auch zu dokumentieren. Eine Gesamteinsparung, eine Ersparnis ohne die

Sonderreinigungen, es gibt ja verschiedenste Reinigungsarten, werden wir dann erzielen von rund 160.006 Euro. Das einmal zum ersten Punkt, was das Einsprungspotential anbelangt, kann ich ihnen gerne übermitteln. Das nächste, Lohn unter dem Niveau, es gibt Ausschreibungsunterlagen, und da komme ich gleich zum nächsten Punkt, ich fasse es zusammen, die sind selbstverständlich vorhanden, das sind Verfahren, die ausgeschrieben werden, es wird nie unter dem Kollektiv etwas vergeben, es wird nie etwas vergeben, wo Menschen irgendwie benachteiligt werden, denn wir schaffen hier Wirtschaft und Arbeit, wir schaffen Arbeitsplätze, und es werden auch keine Personen gekündigt, sondern es werden nur jene nachbesetzt, und das schon seit 2008, wo einfach die Stellen nicht nachbesetzt werden. Das heißt, im Grund schaffen wir sogar noch Arbeit und wir schaffen Leistung und das tut unserer Wirtschaft gut, wo die Stellen nicht nachbesetzt werden, was auch kundgetan wurde. Das zu Lohn unter Niveau, Sie können das gerne einfordern, im Stadtschulamt gibt es das und liegt jetzt auch auf, was die Grundsätze auch anbelangt, welche Menschen eingestellt werden und wie sie, ich lade Sie herzlich ein, Herr Gemeinderat, zu kommen mit einem Fotoapparat, um auch die Qualität der Leistung zu prüfen, welche die privaten Reinigungsfirmen tätigen. Ich nehme Sie gerne mit, denn die Schulwarte und deren Aufgabe ist es, unter der Leitung auch des Stadtschulamtes die Qualitätskontrollen durchzuführen, und diese werden nicht nur wöchentlich, sondern täglich, und nicht nur einmal, sondern zwei- bis dreimal durchgeführt. Wenn wir nun hier sitzen und in der Zukunft leben, sprechen wir bitte nicht permanent von irgendwelchen Vorkommnissen, die vor Jahren stattgefunden haben in Kinderkrippen, Kindergärten oder wo auch sonst immer, wir sind, glaube ich hier, dass wir für die Zukunft denken, dass wir neue Wege gehen und es gibt diese Qualitätskontrollen, es hat sich sehr, sehr viel verbessert, ansonsten hätten wir es zum Wohle unserer Kinder, und wir vertreten hier die Stadt Graz, nie getan und nie zugelassen, dass die Menschen zusammenarbeiten. Gerne nehme ich Sie mit, machen wir einen Termin aus, dann gehen wir zusammen hin (*Applaus ÖVP*). Damit habe ich die Frage schon beantwortet, glaube ich, was die Zukunft anbelangt, es gab Probleme, da kann man zustimmen, in der Vergangenheit, aber es ist schon einige Jahre her, da wird jetzt schon längere Zeit auch fremd gereinigt und unser großes Anliegen ist, wie auch der Herr Bürgermeister gesagt hat, wir sparen bei den Kindern nicht ein, sondern wir setzen absolut auf die Qualität, wir setzen absolut auf dass sie gerne da hineingehen

und die Frequenz selbstverständlich wird jede Schule nicht nur mit den Quadratmetern ausgependelt sozusagen, sondern wir wissen schon, wie viele Kinder da drinnen sind, wann die heimgehen und wie viel da gesäubert wird. Und wenn es mit einmal nicht geht, gibt es auch eine, auf der einen Seite haben wir die Unterhaltsreinigung, die Sonderreinigung und die Endreinigung, und da rücken wir natürlich selbstverständlich mit den Reinigungen nach, wenn Not am Mann ist. Ich hoffe, auch damit ist die Frage beantwortet. Wie gesagt, es liegen aber alle Unterlagen auf und Besichtigungstermine nehme ich gerne an (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer**: Liebe Frau Stadträtin! Ich möchte nur zu Ihrer Aussage, was der Bürgermeister gesagt hat, die Aussage verändern. Nein, Sie haben gesagt, der Herr Bürgermeister hat gesagt, wir sparen nicht bei der Qualität. Der Herr Bürgermeister hat im Jahr 2008 gesagt, überall wo Kinder sich aufhalten, wird keine Fremdvergabe erfolgen, das hat er gesagt (*Applaus SPÖ*).

StRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabner**: Frau Gemeinderätin! Der Herr Bürgermeister ist heute leider erkrankt. Selbstverständlich werde ich nachfragen, was er genau gesagt hat, nur wir sparen hier oder wir haben hier keine Endreinigung, denn die Kinder sind dann nicht mehr anwesend und es geht letztendlich doch um die Qualität, wo die Stellen nicht nachbesetzt werden. Da geht es nicht darum, ich glaube es geht um die Qualität, in welchen Räumlichkeiten sich die Kinder, und das wird er ja auch gemeint haben, aber ich nehme gerne Rücksprache bei ihm, in welchem Zusammenhang auch diese Wortmeldung seinerseits oder diese Aussage getätigt wird und werde sie dann das nächste Mal sehr gerne beantworten (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. **Eustacchio**: Ganz kurz dazu aus eigener Erfahrung. Diese Vorgangsweisen gibt es ja im Krankenversicherungsbereich schon lange und meine Erfahrung war die, dass es sich in dem Fall nicht besonders auswirkt, wenn man

nicht den direkten Zugriff auf dieses Personal hat. Warum? Weil es genau angeführt wird, dass man dort Geld einsparen kann, weil günstiger angeboten wird und es bereitet auch ein System vor, dass man hier einen Katalog anlegt, welche Maßnahmen zur Reinigung getätigt werden muss und genau dort kann man daran drehen. Dann lasse ich halt ein paar Maßnahmen zur Reinigung weg, sage, wir haben uns wieder Geld erspart etc. Also ich sehe das auch sehr kritisch und ich sage das ganz bewusst aus eigener Erfahrung, wollte ich nur dazu einbringen (*Applaus FPÖ*).

***Die Tagsordnungspunkte NT 5) und NT 6) wurden mit Mehrheit angenommen.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Noch eine organisatorische Bemerkung vorweg, ich werde gerade informiert, dass ich Herrn Gemeinderat Mariacher bitten soll, dass er den Gemeinderatssaal für die Diskussion zu diesem Stück verlässt und an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnimmt.

***GR. Mag. Mariacher verlässt den Gemeinderatssitzungssaal.***

**Berichterstatter: GR. Hohensinner**

NT 7) A 8/4-31685/2007  
A 10/5-10078/2006

Projekt Hochwasserschutz  
Mariatrosterbach  
Grundeinlösen und Dienstbarkeiten für  
die Errichtung des Rückhaltebeckens  
Mariatrost  
Antrag auf Zustimmung

GR. **Hohensinner**: Werter Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! Mein Stück betrifft das Hochwasserschutzprogramm. Im Zuge der Hochwasserschutzmaßnahmen am Mariatrosterbach ist die Errichtung eines Rückhaltebeckens erforderlich. Die geplante Rückhaltebeckenanlage in Graz-Stadt Fölling bildet das Herzstück des mehrteiligen Maßnahmenkonzeptes zur Hochwasserfreistellung der gefährdeten Siedlungsbereiche entlang des Mariatrosterbaches. Von der Liegenschaftsverwaltung, vom Liegenschaftsverkehr wurden im Jahr 2008 die entsprechenden Grundverhandlungen mit den Liegenschaftseigentümern aufgenommen und vorbehaltlich der Genehmigung durch das zuständige Organ die erforderlichen Vereinbarungen abgeschlossen. Im Gegenstand handelt es sich um den Erwerb, um die Zurverfügungstellung von Dienstbarkeiten der nachstehend angeführten Liegenschaften: Marland Wohnbaugesellschaft, da geht es um den Erwerb einer Teilfläche zum Kaufpreis von 64.736 Euro und Dienstbarkeiten an Teilflächen der einmaligen Entschädigung von 40.000 Euro. Auch von Mag. Heike Keusch und Mag. Gerhard Mariacher, Erwerb von dem Grundstück Nummer 82 in Fölling im Gesamtausmaß von 8.397 m<sup>2</sup> zu einem Kaufpreis von 126.400 Euro und Dienstbarkeiten an Teilflächen, auch eine einmalige Entschädigung in der Höhe von 206.304 Euro. Weiters von der Wohnungseigentumsgemeinschaft Kurzeggerweg, Erwerb von Teilflächen zu einem Kaufpreis von 51.000 Euro. Hedwig Fauster und Hubert Fauster, Erwerb des Grundstückes Nummer 80 zu einem Kaufpreis von 526.200 Euro und Dienstbarkeiten an Teilflächen von 56.246,40. Sämtliche übrigen Flächen werden nach erfolgtem Ausbau in das öffentliche Wassergut übertragen. Die Errichtung der Verträge erfolgt auf Kosten der Stadt Graz, die finanzielle Bedeckung für die Grundbereitstellung in der Höhe von 1.070.886,40 erfolgt durch die A10/5 – Grünraum und Gewässer, wobei jeder Kostenbetrag in der Höhe von 613.028 Euro des Landes und Bundes gegenzurechnen ist. Ich bitte um Annahme, und der Herr Gemeinderat Mariacher wird sich wahrscheinlich dem Stück enthalten.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl.Nr. 41/2008, beschließen:

1.) Der Erwerb der angeführten Grundstücksflächen sowie der Dienstbarkeiten von:

Marland Wohnbaugesellschaft mbH

Gdst.Nr. 282/4, KG Graz – Stadt Fölling

Erwerb einer Tfl. von 4.624 m<sup>2</sup> zu einem Kaufpreis von € 64.736,00

Dienstbarkeit an Tfl. von 14.282 m<sup>2</sup>, einmalige Entschädigung von € 40.000,00

Mag. Heike Keusch und Mag. Gerhard Mariacher

Erwerb der Gdst.Nr. 82/1, 82/2 und 83 sowie Tfl. vom Gdst.Nr. 84, je KG Graz Stadt Fölling, im Gesamtausmaß von 8.397 m<sup>2</sup> zu einem Kaufpreis von € 126.400,00

Dienstbarkeit an Tfl. von 30.686 m<sup>2</sup> an den Gdst.Nr. 84 und 85, je KG Stadt – Stadt Fölling, einmalige Entschädigung von € 206.304,00

Wohnungseigentumsgemeinschaft Kurzeggerweg

(68 Eigentümer)

Erwerb einer Tfl. von 340 m<sup>2</sup> des Gdst.Nr. 282/1, KG Graz – Stadt Fölling, zu einem Kaufpreis von € 51.000,00

Hedwig Fauster und Hubert Fauster

Erwerb des Gdst. Nr. 80, KG Graz – Stadt Fölling, 16.105 m<sup>2</sup> zu einem Kaufpreis von € 526.200,00

Dienstbarkeit an Tfl. von 8.370 m<sup>2</sup> am Gdst.Nr. 284, KG Graz – Stadt Fölling, einmalige Entschädigung von € 56.246,40

wird genehmigt.

2.) Nach erfolgtem Ausbau werden die angekauften Flächen, mit Ausnahme der rd. 2.755 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 80 in das öffentliche Wassergut übertragen.

3.) Die Errichtung der Verträge erfolgt auf Kosten der Stadt Graz. Sämtliche Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, die mit dem Erwerb der Grundflächen sowie mit den Dienstbarkeiten verbunden sind, gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.

4.) Die Bedeckung der Kaufpreise beziehungsweise Dienstbarkeitsentschädigungen in der Höhe von € 1.070.886,40 zuzüglich 5 % Nebenkosten in der Höhe von rund € 53.000,00 erfolgt durch die A 10/5 – Abteilung für Grünraum und Gewässer auf der Fipos 5.63900.001300.

Der bereits überwiesene Kostenbeitrag von Bund und Land in der Höhe von € 613.028,00 ist auf der Fipos 6.63900.871301 zu vereinnahmen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Gemeinderat Mariacher hat den Gemeinderatssaal verlassen für dieses Stück.

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich bin sehr froh, dass dieses Stück heute auf der Tagesordnung ist. Sie waren ja damals, wie ich Anträge zur Hochwasserverbauung und dieses Rückhaltebecken und alle diese Dinge auch für den Bezirk Mariatrost gestellt haben, in einer anderen Funktion als Stadtrat tätig und ich freue mich einfach, dass das heute ein positiver Schritt in die richtige Richtung ist (*Applaus SPÖ*).

***Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: GR. Mag. Korschelt**

NT 10) StRH – 681/2010-1

Tätigkeitsbericht 2009  
Stadtrechnungshof

GR. Mag. **Korschelt**: Werter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat! Ich erlaube mir, den Tätigkeitsbericht des Stadtrechnungshofes für das Jahr 2009 zu geben. Der Stadtrechnungshof hat im Jahr 2009 insgesamt 30 Prüfaufträge erledigt. Davon waren 11 Projektkontrollen, 19 waren Gebarungsprüfungen, damit wurde der

bisherige Spitzenwert des Jahres 2007 mit 24 Erledigungen übertroffen. Die Kosten pro Prüferledigung betragen im Durchschnitt 29.000 Euro. Prüfungen von Rechnungsabschlüssen und aufwändige Prüfungen von Magistratsabteilungen verzeichnen in den Herstellungskosten zirka 50.000 bis 60.000, die Großzahl der Prüfungen wird mit einem Zeitaufwand von zirka 20 bis 40 Manntagen und mit Kosten von 8.000 bis 20.000 Euro erledigt. Der Personalstand des Stadtrechnungshofes liegt im Ist bei 9,75 MitarbeiterInnen, davon sind 7,75 fachliche MitarbeiterInnen, das heißt, also zwei sind im Sekretariat beschäftigt. Zu den inhaltlichen Highlights (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), strategisch gesehen sieht sich der Stadtrechnungshof als sachverständiger Partner der politischen Entscheidungsträger in den Finanzfragen, entsprechend sind die Prüfaufträge im größtmöglichen Ausmaß zeitnah, produktions- und kostenorientiert und auf umsetzbare Empfehlungen ausgerichtet. Wesentliche Themenschwerpunkte im Jahr 2009 waren die begleitende Kontrolle des Reformprojektes Haus Graz, die Erarbeitung der sogenannten Gehaltspyramide, eine umfassende Analyse des Normkostenmodells zur Finanzierung von Pflegeheimsätzen, eine Prüfung der Gestion im Präsidialamt einschließlich der Telefonkosten, zahlreiche Gesellschaftsprüfungen, wie zum Beispiel die Gesellschaft 2003, Helmut-List-Halle, Grazer Unternehmungsführungen, um nur einige zu nennen. Weiters wurden Projektkontrollen zu bedeutenden Investitionen und Umstellungsprojekten der Stadt Graz wie Sozialraumorientierung, Bad Eggenberg, Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof, Kinderkrippen und Schulprojekte durchgeführt. Sonderprüfungen wurden auch durchgeführt, zum Beispiel der Aufschießungsvertrag eines Einkaufszentrums. Folgeaufträge und -themen: Im Jahr 2010 bezogen sich die Prüfungen auf Straßenbahngarnituren, der Feuerwehr, das Sachprogramm Grazer Bäche. Wesentliche weitere Aufgaben und Positionen des Stadtrechnungshofes im Jahr 2010 werden sein: Die Reportierung des Hauses Graz sowie die konsolidierte Rechnungslegung, begleitende Umsatzkontrolle des Reformprojektes Haus Graz, magistratsinterne Verstärkung der Produktions- und Projektkostenkontrolle, Schwerpunktsetzung der Prüfungshandlungen bei Unternehmen und Erarbeitung eines Projekthandbuches, Prüfungshandbuch des Stadtrechnungshofes. Der Kontrollausschuss stellt daher den Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen und beschließen. Ich darf mich auch gleichzeitig hier an dieser Stelle sehr herzlich bei den



MitarbeiterInnen des Stadtrechnungshofes, vertreten durch den Herrn Direktor, für das letzte Prüffahr bedanken, ich habe, wie Sie wissen, auch mit Anfang dieses Jahres den Vorsitz an die Kollegin Bergmann weitergegeben und möchte mich auch herzlich für die Zusammenarbeit bedanken und auch weiterhin den Stadtrechnungshof und die Mitarbeiter ersuchen, so wie bisher wirkungsvoll für die Stadt Graz tätig zu sein. Ich bitte um Annahme des Berichtes (*Applaus FPÖ*).

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen und beschließen.

***Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wir haben damit die öffentliche Tagesordnung fertig. Nach einem vereinbarten Vorschlag, soweit ich da richtig informiert bin, folgt jetzt die nicht öffentliche Tagesordnung und danach, falls wir früher fertig werden, eine Unterbrechung bis 16.00 Uhr.

***Unterbrechung des Gemeinderates von 15.30 bis 16.10 Uhr***